

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

1014 Wien, Herrngasse 11-13

Parteienverkehr Dienstag 8-12 Uhr
und 16-19 UhrAmt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An den
Bundesminister für öffentliche
Wirtschaft und Verkehr
Herrn Dkfm. Ferdinand LACINA

Elisabethstraße 9
1010 Wien

Beilagen

LAD-VD-8705/3

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

M.Z.: 5122/23-1984

Bearbeiter

Dr. Grüner

(0 22 2) 63 57 11 Durchwahl

2152

Datum

11. Dez. 1984

Betrifft

Regierungsvorlage für ein Bundesgesetz betreffend das Verbot
von zivilen Ultraleichtflugzeugen, Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Die NÖ Landesregierung beehrt sich mitzuteilen, daß sich an der im Schreiben vom 14. Februar 1984, LAD-VD-8705, geäußerten Auffassung zum Verbot von Ultraleichtflugzeugen nichts geändert hat.

Der gegenständliche Vorschlag würde einer Freigabe der Ultraleichtfliegerei gleichkommen. Wollte man den geäußerten Intentionen folgen, so würde sich die Schaffung eines "Verbotsgesetzes" erübrigen, da der beabsichtigte Effekt bereits durch eine entsprechende Novellierung der Zivilluftfahrzeug-Lärmzulässigkeitsverordnung 1982, BGBl.Nr. 429/1982, erreicht werden könnte. Der Vorschlag entspricht auch nicht der bisher vom Bundesamt für Zivilluftfahrt geübten Praxis, die Lärmentwicklung von Ultraleichtflugzeugen schon bei einer Überflughöhe von 150 m festzustellen. Dies deshalb, weil mit Ultraleichtflugzeugen in der Regel an der Untergrenze der zulässigen Mindestflughöhe geflogen wird.

Die vorgesehene Definition eines "Ultraleichtflugzeuges" knüpft nur an die Leermasse von 150 kg an. Dies ist problematisch, da unter Ultraleichtflugzeugen eine bestimmte Bauart von Flugzeugen verstanden wird, die entweder die charakteristischen Merkmale von (Motor-) Hängegleitern haben, oder - trotz aerodynamischer

Betrifft ULTRALEICHTFLUGZEUGE
ZI 52 -GE/19 83
Datum: 13. DEZ. 1984
Verteilt 1984-12-18 Franz

St. Klausproben

- 2 -

Steuerung - eine besonders einfache Bauart aufweisen (z.B. gespannte Rohrgestänge, offener Pilotensitz, etc.).

Bei der zuletzt genannten Ausführung ist es aber durchaus möglich, daß durch die Wahl des Spannungsmaterials die Masse von 150 kg überschritten wird, ohne daß die typischen Flugeigenschaften eines Ultraleichtflugzeuges (geringe Reisegeschwindigkeiten, starke Windanfälligkeit) verloren gehen. Es könnten daher durchaus auch von solchen Flugzeugen mit einem Leergewicht von über 150 kg Störungen auftreten, die durch den Gesetzentwurf vermieden werden sollen. Andererseits könnten auch Flugzeuge konstruiert werden, die trotz geringer Masse die baulichen und flugtechnischen Eigenschaften eines Flugzeuges der herkömmlichen Bauart aufweisen. Die Definition des Ultraleichtflugzeuges sollte durch die Einführung weiterer Anknüpfungspunkte näher präzisiert werden. Im Hinblick auf die Übersichtlichkeit der Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Luftfahrt wird auch vorgeschlagen, die vorgesehenen Bestimmungen in die geplante Luftfahrtgesetznovelle einzuarbeiten.

Abschließend muß noch einmal wiederholt werden, daß die NÖ Landesregierung im Interesse eines Schutzes vor unzumutbaren Lärmbelästigungen für ein grundsätzliches Verbot von Ultraleichtflugzeugen eintritt.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

- 3 -

LAD-VD-8705/3

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung
L u d w i g
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung



